



Landgericht Hamburg

34

Oberfinanzdirektion Hamburg
SV u. BA
Az.:
Eing.: - 3. JULI 1958
Sachgeb.: 41 Anl. 1

17. JULI 1958

Q: Abs. 7.58

Beschluß

67/1957

20 009

In der Rückerstattungssache

der verwitweten Frau Regina

Z a b l u d o w s k a geb. Zabłudowska,

Porto Alegre/Brasilien, Rua Santo Antonio 559,

Antragstellerin,

vertreten durch den Rechtsanwalt

Dr. Walter Schwarz, Berlin-Dahlem, Wilmersdorf,
Uhlandstr. 137,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die den
Bundesminister für Finanzen,

Freie und Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -

diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr. 5,

Az.: - Z 63 - BV 32/323 -

Antragsgegner,

hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts
in Hamburg im Einvernehmen mit den Parteivertretern
von mündlicher Verhandlung Abstand nehmend,
durch folgende Richter:

1.) Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,

8.)

Rechtskräftig, v. H. 53

2.) Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,

3.) Landgerichtsrat Paull

am 5. Juni 1958 beschlossen:

Der Antragsgegner wird verurteilt, an die Antragstellerin für die Entziehung von Umzugsgut einen Schadensersatz von ~~6.200,--~~ ^{6.250,--} DM undfünfzig (i.W.: Sechstausendzweihundert/Deutsche Mark) zu zahlen.

Die Mehrforderung der Antragstellerin wird abgewiesen. Die Erfüllung des Anspruches richtet sich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz vom 19. Juli 1957.

Die Entscheidung ergeht frei von Gerichtskosten. Eine Verpflichtung zur Erstattung außergerichtlicher Kosten besteht nicht.

G r ü n d e :

Die Antragstellerin ist im Jahre 1880 in dem damaligen ~~Russischen~~ Polen geboren und hat im Jahre 1904 den etwa 7 Jahre älteren Holzkaufmann Heinrich Zabłudowski geheiratet. Aus der Ehe ist im Jahre 1906 eine jetzt verheiratete, am gleichen Ort wie die Antragstellerin wohnhafte Tochter hervorgegangen. Die Antragstellerin ist mit ihrem Ehemann bereits vor dem ersten Weltkriege nach Berlin übergesiedelt; hierzu hatte eine längere ärztliche Behandlung des Ehemannes Anlaß gegeben. Nach

dem

dem Inhalt ihrer Erklärung vom 17. Dezember 1957 haben die Eheleute eine geräumige Wohnung im Berliner Westen innegehabt; der Mann hat im gleichen Hause ein Elektroartikel-en-gros-Geschäft betrieben, welches gute Einnahmen geliefert haben soll. Die Antragstellerin hat weiter vortragen, daß die beiden Familien Zabłudowski in Bialystok Grundeigentum beträchtlichen Wertes gehabt haben, und das Einkommen und Vermögen eine gehobene Lebenshaltung ermöglicht hätten.

Der Ehemann der Antragstellerin ist bei dem Bestreben, sich um die polnischen Vermögenswerte zu kümmern, verschollen und für tot erklärt worden. Die Tochter hat in einer vom zuständigen deutschen Konsulat beglaubigten Erklärung vom 23. August 1954 erklärt, daß sie Ansprüche auf ein väterliches Erbe selbst nicht geltend mache und sie ihrer Mutter überlasse.

Die Antragstellerin ist nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges als Angehörige des polnischen Staats behandelt worden. Die Haupttreuhandstelle Ost, Sonderabteilung Altreich hat zu dem Aktenzeichen 14 040 am 12. September 1941 eine Beschlagnahme des Umzugsgutes und des Erlöses aus seiner Verwertung angeordnet. Die Versteigerung sollte einem Gerichtsvollzieher übertragen, Schmuck und Wertsachen sowie Schreibmaschinen an die Haupttreuhandstelle Ost herausgegeben werden. Die Akten der Haupttreuhandstelle Ost sind der Kammer von dem Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in Stadthagen vorgelegt worden. Die Antragstellerin hatte

Umzugsgut

Umzugsgut im Gewichte von 940 kg in einem mit Fr W 596 bezeichneten Lift nach Hamburg bringen lassen. Ein Umzugsverzeichnis, versehen mit polizeilichem Beglaubigungsvermerk vom 25. August 1939, ist erhalten geblieben und befindet sich Blatt 18 - 21 der Akte 34 WGA 2626/51 der Wiedergutmachungsämter von Berlin. In Hamburg ist von der Staatspolizeileitstelle am 29. April 1941 eine Beschlagnahme ausgebracht und mit Versteigerung des Umzugsgutes der Gerichtsvollzieher Gerlach beauftragt worden. Der Versteigerungstermin hat am 8. und 9. September 1941 stattgefunden. Der Bruttoerlös hat 1.970,80 RM zuzüglich 295,55 RM Kavelingsgeld betragen. Einer besonderen Beschlagnahme sind nach dem Inhalt der erhaltenen Akten des Gerichtsvollziehers 56 DR 62/41 20 Bücher verfallen.

gestoppt durch Hinf. d. 6. V. A.

Die Antragstellerin hatte fristgerecht eine Rückerstattungsanmeldung bei dem Haupttreuhänder für das Rückerstattungsvermögen in Berlin bewirkt. Das Wiedergutmachungsamt in Berlin hat den Antrag durch den Beschluß vom 20. Dezember 1956 zurückgewiesen und in der Begründung zum Ausdruck gebracht, daß die örtliche Zuständigkeit zu verneinen sei, weil Ort der Entziehungshandlung Hamburg gewesen sei. Die Antragstellerin hat nach Inkrafttreten des Bundesrückerstattungsgesetzes ihre Anmeldung wiederholt. Sie hat den Wert des Umzugsgutes, namentlich ^{des} für ein Meistgebot von RM 310,-- für ein von einem Händler erworbenes Schachspiel mit näheren Darlegungen begründet. Die Oberfinanzdirektion hat den

Grund

Grund des Anspruchs nicht bestritten und Prüfung seiner Höhe erbeten. Die Wiedergutmachungskammer hat in dem Beschluß vom 21. November 1957 der Antragstellerin nähere Aufklärungen aufgegeben und über den Wert des Schachspiels ein Gutachten des Direktors des ^{Hamburger} Museums für Kunst und Gewerbe, Prof. Dr. Erich Meyer, eingeholt, welches am 30. Dezember 1957 erstattet worden ist. Ein weiteres Gutachten zur Bewertung des Schachspiels hat gemäß dem Beweisbeschluß vom 28. Januar 1958 der Kunsthändler Heumann in Hamburg am 15. April 1958 erstattet. Weiterhin ist von dem Erwerber des Schachspiels eine schriftliche Auskunft eingeholt worden, die er am 30. Mai 1958 erteilt hat. Gemäß einem Teilvergleich vom 12. Mai 1958 ist der Antragstellerin ein Herausgabeanspruch ^{für} einer in Verwahrung der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg befindlichen Briefmarkensammlung zugestanden worden.

Auf eine mündliche Verhandlung hat der Vertreter der Antragstellerin ausdrücklich verzichtet. Die Oberfinanzdirektion ist mit schriftlicher Entscheidung allgemein einverstanden, sofern die Kammer eine mündliche Verhandlung nicht als notwendig ansieht.

Die Befugnis der Antragstellerin, die Rückerstattungsansprüche allein geltendzumachen, kann auf Grund der von ihr beigebrachten Beweismittel auch ohne Vorlegung eines Erbscheins bejaht werden. Sie hatte nach dem Weggang ihres Ehemannes den gesamten Hausstand im Besitz behalten und gegen sie sind die Beschlagnahmeanordnungen

der Geheimen Staatspolizeileitstelle Hamburg und der Haupttreuhandstelle Ost gerichtet. Diese Adressierung der Maßnahmen, deren Verfolgungscharakter nicht bezweifelt werden kann, ergibt die alleinige Antragsbefugnis der Antragstellerin, so daß das urkundlich nachgewiesene Einverständnis der Tochter, die als Miterbin in Betracht kommen kann, nicht unerläßlich gewesen wäre.

Die Antragstellerin ist als Polin jüdischer Abkunft Verfolgungsmaßnahmen nicht nur auf Grund der Verordnung vom 17. September 1940 ausgesetzt gewesen, sondern auch von den Maßnahmen betroffen worden, welche das gesamte Lagergut im Hamburger Hafen erfaßt haben. Die erhalten gebliebenen Akten der Haupttreuhandstellen ^{Ost} Berlin ergeben, daß die Staatspolizeileitstelle Berlin von der Beschlagnahme abgesehen hatte, weil die Antragstellerin polnische Staatsangehörige war (Schreiben an die Haupttreuhandstelle Ost vom 29. Mai 1941), und daß die Staatspolizeileitstelle Hamburg der Entschließung der nach der Verordnung vom 17. September 1940 zuständigen Dienststelle durch Anordnung der Versteigerung des Umzugsgutes vorgegriffen hatte. Der Grund des Schadenersatzanspruches (Artikel 26 Abs. 2 des Britischen Gesetzes Nr. 59) kann daher nicht in Zweifel gezogen werden. Die Höhe des Anspruches muß von der Kammer geschätzt werden. Der wertvollste zur Versteigerung gelangte Gegenstand ist das Schachspiel, welches die Antragstellerin in ihrer Erklärung vom 8. August 1956

Bl.30 der Akten der Wiedergutmachungsämter in Berlin näher beschrieben hat. Ihre Angaben lassen sich auf Grund der Auskunft des Erwerbers des Schachspiels vom 30. Mai 1958 nicht ^{im einzelnen} näher nachprüfen, weil dem betagten Zeugen Reitz ein genügendes Erinnerungsvermögen fehlt. Die beiden von der Kammer befragten Gutachter haben das Schachspiel sehr unterschiedlich bewertet. Die Wiedergutmachungskammer gibt der Schätzung des Sachverständigen Heumann vor der des Museumdirektors Prof.Dr.Meyer den Vorzug. Der Vertreter der Antragstellerin verkennt in seinem Schriftsatze vom 19. Mai 1958 nicht, daß der Nachweis, es habe sich um ein außergewöhnliches Sonderstück gehandelt, schwer mit einer für die gerichtliche Entscheidung notwendigen Bestimmtheit zu erbringen ist. Die Wiedergutmachungskammer hält eine höhere Schätzung eines Elfenbeinschachspiels als 1.800,-- DM für nicht gerechtfertigt, insbesondere auf Grund der von dem Gutachter Heumann ermittelten Umsätze von vergleichbaren Stücken des nicht allgemein interessierenden Sondergebiets des Kunst- und Antiquitätenhandels.

Von einer Begutachtung der anderen Teile des Versteigerungsgutes hat die Wiedergutmachungskammer abgesehen, weil weder aus dem Versteigerungsprotokoll noch aus dem Vorbringen der Antragstellerin nachprüfbare Bewertungsmerkmale zu entnehmen sind. Die Wiedergutmachungskammer berücksichtigt bei ihrer Schätzung einerseits den Wohlstand der Eheleute Zabloudski, andererseits aber den Umstand, daß ein Teil des Umzugsguts anlässlich

der

der Eheschließung, also etwa 35 Jahre vor der Entziehung gekauft gewesen sein dürfte und durch langjährige Benutzung sowie veränderte Lebensgewohnheiten im Wiederbeschaffungswerte gemindert gewesen sein dürfte.

Soweit es die knappen Angaben in dem Versteigerungsprotokoll erkennen lassen, sind günstige und ungünstige Erlöse unterschieden worden. Die in sinngemäßer Anwendung des § 287 ZPO unvermeidliche Schätzung hat nicht die Gewähr der Richtigkeit, welche auch ein zugezogener Sachverständiger nicht geben könnte. Sie ist im einzelnen von der Kammer wie folgt vorgenommen worden:

Auf Seite 1 des Gerichtsvollzieherprotokolls sind für insgesamt 17 Gegenstände einschließlich des Kavelingsgeldes rund 220,-- RM erzielt worden. Die beiden Bilder sind nicht eingelöst und einige Tage später zu einem wesentlich verringerten Erlös versteigert worden. Dieser Umstand läßt erkennen, daß es sich um keine wertvollen Bilder gehandelt haben kann und daß der ursprüngliche Meistbietende seine Gebote von 19,-- und 15,-- RM als zu hoch angesehen hat. Relativ hoch liegen die Erlöse der Position Nr. 8 und Nr. 11 (Porzellanfigur und elektrische Kochplatte einer nicht mehr gebräuchlichen Spannung mit je 25,-- RM). Die Kammer billigt der Antragstellerin ^{den} das Doppelte ^{Vermögens} des ursprünglichen Bruttoerlöses mit rund 450,-- RM zu.

T Von den auf S. 2 versteigerten Gegenständen ist die Position 31 bereits oben bewertet. Auffallend gering ist der Erlös von 3 mal 50 Büchern und Heften, zu

denen 20 von der Gestapo besonders beschlagnahmte und deshalb nicht versteigerte hinzukommen. Das Meyer'sche Konversationslexikon, das nur 6,-- RM erbracht hat, ist schwer zu bewerten, weil die Auflage und das Erscheinungsjahr nicht angegeben sind; bei dem Alter der Eheleute kann nicht angenommen werden, daß es sich um eine Neuanschaffung gehandelt hat. Die Kammer hält nach den Erfahrungen in anderen Fällen eine Bewertung der rund 170 Bücher und Hefte, unter denen sich Noten befunden haben, einschließlich weiterer 15 bis 18 Bände Konversationslexikon mit einem Wiederbeschaffungspreis von ^(durchschnittlich) 3,50 bis 4,-- DM pro Band, insgesamt rund 700,--DM für richtig. In dieser Schätzung ist hinreichend ein Ausgleich ^{zwischen} wertvolleren größeren Büchern ^{und} mit dünnen Heften und Broschüren geringen Kaufpreises berücksichtigt. Die übrigen Erlöse dieser Seite (rund 200,-- RM) sind teilweise unzulänglich, so daß die Kammer der Antragstellerin mit einem Vervielfältigungsfaktor von drei 600,-- DM zubilligt. Auf S. 3 des Gerichtsvollzieherprotokolls sind insbesondere Gläser und Geschirrtteile zu sehr unzulänglichen Preisen verwertet; für die Erlöse von etwa 135,-- RM erscheint daher ein Vervielfältigungsfaktor von 3 1/2 bis 4 richtig, so daß der Antragstellerin 500,-- DM zuzusprechen sind. Seite 4 des Versteigerungsprotokolls enthält günstige, wenn auch schwer nachprüfbare Erlöse in den Positionen 55 - 59 mit 150,-- RM für eine Kommode mit Marmorplatte und 120,--

150 Bücher
ausger.
40.50 RM
Verst. Erlös

T

ca. 786.- RM

T

T

Kaveling-
geld ist hier
bei nicht zu
berücksichtigen

120,-- RM für einen Bettsessel. Unter Hinzurechnung des Kavelingsgeldes beläuft sich der Erlös beider Gegenstände auf etwa 300,-- RM; seine Verdoppelung auf 600,-- DM erscheint ausreichend. Die Silbersachen vermag die Kammer aus eigener Sachkunde zu schätzen. Die Position Nr. 63 enthält fast ausschließlich sog. Corpussilber, die Position 64 Besteckteile. Der Tortenheber kann zu der ersteren Kategorie, der Gemüselöffel zu der zweiten gerechnet werden; die Gewichte dürften nicht wesentlich voneinander abweichen. Die Kammer gewährt der Antragstellerin für 620 Corpussilber 0,30 DM pro Gramm, weil zu berücksichtigen ist, daß es sich mindestens zum Teil um ältere und lange Zeit gebrauchte Stücke gehandelt haben dürfte, und für 2.800 gr. Bestecksilber 20 Pfg. pro Gramm, so daß 185,-- + 540,-- DM = zusammen 725,-- DM zuzusprechen sind. Die anderen auf Seite 4 angeführten Gegenstände der Versteigerung können mit zusammen 200,-- DM bewertet werden. Auf Seite 5 sind zwei als beschädigt bezeichnete Brücken zu nicht ganz ungünstigen Preisen verwertet worden. Auch die Schreibmaschine hat einen nicht unbedeutenden Bruchteil ihres Wiederbeschaffungswertes erbracht, insbesondere wenn es sich um ein gebrauchtes Stück gehandelt haben sollte. Die Kammer schätzt für diese vier Gegenstände den Wiederbeschaffungswert auf 600,-- DM.

57.- RM
Verf. Erlös

280.- RM
Verf. Erlös

Der Antragstellerin sind hiernach zuzusprechen:

	<i>Seite</i>
450,-- DM	8
1.800,-- "	7
700,-- "	9
600,-- "	9
500,-- "	9
600,-- "	10
725,-- "	10
200,-- "	10
600,-- "	10
<u>6.175,-- DM.</u>	
=====	

Um eine Benachteiligung der Antragstellerin zu vermeiden, ist eine Erhöhung auf 6.250,-- DM für angemessen und geboten gehalten worden. Höhere Ansprüche der Antragstellerin sind als unbegründet abzuweisen.

Die Antragstellerin muß die Beschränkungen hinnehmen, die das Bundesrückerstattungsgesetz für Erfüllung von Ansprüchen gegen das Deutsche Reich festlegt; die Anordnung einer vorläufigen Vollstreckbarkeit ist daher ^{un}zulässig.

Den Kostenpunkt regelt Artikel 63 des Gesetzes Nr. 59.

Dr. Roscher

Dr. Warmbrunn

Paull



Für richtige Ausfertigung!

Humbert
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
Just. Lang/Anst.